

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schwelm · Oehder Weg 9 · 58332 Schwelm

**Fraktionsvorsitzender**  
Marcel Gießwein

An den

**Stellv. Fraktionsvorsitzende**  
Sabine Kummer-Dörner

Bürgermeister der Stadt Schwelm

Herr Stephan Langhard  
Rathaus  
Hauptstraße 14  
58332 Schwelm

Oehder Weg 9, 58332 Schwelm  
Tel.: +49 (2336) 5900  
info@gruene-schwelm.de

Schwelm, 13. Februar 2025

## **Antrag: Keine Notwendigkeit für eine Bezahlkarte**

Sehr geehrter Herr Langhard,  
für die Sitzung des Sozialausschusses am 19.02.2025, TOP 11 und folgend des HA am 03.04.2025 und des Rates am 10.04.2025 stellt die Fraktion B`90 / DIE GRÜNEN folgenden Antrag:

### **Der Rat möge beschließen:**

Der Rat der Stadt Schwelm stellt fest, dass es für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keine Notwendigkeit gibt und beschließt, in Schwelm keine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen.

### **Begründung:**

Die [Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW](#) zeigt, dass lediglich sieben Prozent der Geflüchteten Geld aus Deutschland ins Ausland transferieren. Die Tendenz ist gemäß der Studie weiter abnehmend. Die Vorstellung, dass Geflüchtete, die auf Grundsicherung angewiesen sind, in großem Umfang Geld ins Ausland schicken, entbehrt damit jeder empirischen Grundlage. Die Bezahlkarte als mögliche Form der Leistungserbringung einzuführen um diesem Phänomen entgegen zu wirken, spiegelt damit nicht die Realität wider. Aus Sicht der GRÜNEN sollte in Schwelm schon allein deswegen keine Bezahlkarte eingeführt werden. Es würde eine bürokratische Extra-Maßnahme geschaffen, die Geld kostet und nicht zur Integration von zu uns Geflüchteten führt, sondern diese in ihrer Selbstbestimmtheit und Freizügigkeit weiter einschränkt und stigmatisiert. Die notwendigen zur Verfügung zu stellenden Verwaltungskapazitäten sorgen für zusätzliche Kosten die letztendlich die Schwelmer Bevölkerung zu tragen hätte, ohne irgendeinen Nutzen daraus zu ziehen. Auch die Verwaltung selber zeigt in ihrer Berichtsvorlage keinen sinnvollen Nutzen der Einführung sondern lediglich Mehrarbeit die nur durch Schaffung mindestens einer zusätzlichen Stelle zu bewältigen wäre auf. Eine Einführung würde keine Vereinfachung oder Verbesserung für die Geflüchteten oder für die Stadtverwaltung mit sich bringen.

Mit freundlichem Gruß



---

Marcel Gießwein  
(Fraktionsvorsitzender)